

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

ÜBERSICHT

*
*
*
*
*
*
*
*
*
*

AUSSENPOLITIK

NORDAMERIKA

(1)

Besuch des US-Außenministers in China

(siehe dazu das Thema im vorliegenden Heft)

LATEINAMERIKA

(2)

Lateinamerika i.J. 1982: Krisen und Lichtblicke

1982 wurden die meisten lateinamerikanischen Länder von vier schweren Krisen heimgesucht, nämlich einer sinkenden Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts, hohen Inflationsraten, Arbeitslosigkeit und Auslandsschulden.

Nach dem 2. Weltkrieg waren die einzelnen Volkswirtschaften verhältnismäßig schnell gewachsen. Selbst während der westlichen Wirtschaftsrezession (1976-80) lag die durchschnittliche Wachstumsrate in diesen Ländern immer noch bei 5,2%. Sogar 1981 hatte es noch eine Steigerung gegeben, doch war die Zuwachsrate dann 1982 auf +0,9% zurückgegangen - ein beispielloser Rückschlag in den letzten vierzig Jahren.

Gleichzeitig stieg die Inflationsrate i.J. 1982 im Durchschnitt um 80% - ebenfalls ein Rekord in der Geschichte der lateinamerikanischen Länder. In Argentinien, dem drittgrößten Wirtschaftsland des Subkontinents, erreichte die Inflation sogar die exorbitante Rate von 209,7%.

Als Folge der ernsten Wirtschaftsrezession mußten viele Fabriken stillgelegt und Arbeiter entlassen werden. Die Arbeitslosenrate in Santiago de Chile überstieg 1982 die 20-Prozent-Marke. In Argentinien waren die Industriekapazitäten nur noch zu 50% ausgelastet und es gab dort 1,5 Millionen Arbeitslose oder Teilzeitbeschäftigte.

Zu allem Unglück haben sich in den letzten Jahren auch die Auslandsschulden rapide erhöht. Hatten sie 1973 für den ganzen Subkontinent noch 43 Mrd. US\$ betragen, so waren sie 1982 auf 300 Mrd. US\$ hochgeschwollen, so daß 1982 allein für Zinsen an ausländische Banken 34 Mrd. US\$ bereitzustellen waren.

Die Wirtschaftskrise Lateinamerikas i.J. 1982 hat äußere (ausländische Investitionen und Kredite, Rückgang der Weltmarktnachfrage nach Primärprodukten, Protektionismus anderer Länder), aber auch innere Ursachen (wirtschaftspolitische Fehlentscheidungen, mangelndes Management etc.).

Einen Ausweg gibt es nach chinesischer Ansicht nur durch Ausweitung der regionalen Kooperation, der gesamtglobalen Süd-Süd-Zusammenarbeit und der Errichtung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (XNA, 30.12.82).

Von Untergrundbewegungen, die auf diesem Humus gedeihen, ist in dem zusammenfassenden Bericht bezeichnenderweise nicht die Rede. Heilende Wirkung wird nicht von Revolutionen, sondern von der Einheit zwischen den verschiedenen Staaten und Völkern erwartet. Genugtuung äußert China in diesem Zusammenhang über die "beispiellose Einheit der lateinamerikanischen Länder", wie sie sich in der Falkland-Resolution gezeigt habe, die der 37. UNO-Vollversammlung im Herbst 1982 vorgelegt wurde.

Noch einige weitere erfreuliche Entwicklungen i.J. 1981 zählt die chinesische Berichterstattung auf:

- Da war zunächst die Aufnahme offizieller Parteibeziehungen zwischen der KPCh und der Sozialistischen Einheitspartei Mexikos (XNA, 10.1.83). Die Begründung von Parteibeziehungen mit nicht-kommunistischen Gruppierungen hatte Anfang 1981 mit der Sozialistischen Partei Mitterrands begonnen.

Am 2. Januar 1983 nahm das 1981 selbständig gewordene Antigua und Barbados diplomatische Beziehungen mit China auf (XNA, 4.1.83). Lateinamerika ist der letzte Kontinent, wo der "Konkurrent" Taiwan noch eine Reihe von diplomatischen Kontakten halten konnte (Kommuniqué in XNA, 1.1.83).

- Auch zu Kuba konnten bescheidene Beziehungen aufrechterhalten

werden. Am 5. Januar wurde in Beijing ein Handelsprotokoll für das Jahr 1983 unterzeichnet, wonach Kuba hauptsächlich Zucker, China dagegen im wesentlichen Reis, Textilprodukte, Mineralien und Industriewaren liefert (XNA, 6.1.83).

- Mitte November unterzeichneten China und Chile ein Abkommen über kulturellen Austausch für die Jahre 1983/84 (Radio Santiago in SWB, 25.11.82). Die seit dem Sturz Allendes begründete, auf dem gemeinsamen "Antihegemonismus" beruhende Freundschaft zwischen den beiden so unterschiedlichen Staaten besteht also auch in Zukunft weiter.
-we-

(3)

Caudilloismus, Militärregime, "Demokratisierung" und der Lateinamerika-Besuch Präsident Reagans

Vom 30. November bis 3. Dezember besuchte US-Präsident Reagan Brasilien, Kolumbien, Costa Rica und Honduras. Xinhua (XNA, 30.11.82) vermutete folgende drei Ziele hinter der Visite: Beseitigung der Mißstimmung, die wegen der amerikanischen Unterstützung Großbritanniens im Falkland-Krieg entstanden war; Beratung über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die zwischen den USA und Lateinamerika inzwischen aufgekomen sind (Ende 1982 beliefen sich die Schulden der lateinamerikanischen Länder auf 300 Mrd. US\$), und drittens Stärkung der zentralamerikanischen Front, um auf diese Weise weitere kubanische und sowjetische Einbrüche zu verhindern und einer Wiederholung der sandinistischen Revolution (Nicaragua 1979) in anderen Ländern vorzubauen (XNA, 30.11.82).

In diesen Zusammenhang gehören "militärsoziologische" Überlegungen, die chinesische Kommunikationsmittel von Zeit zu Zeit anstellen: Kennzeichnend für zahlreiche politische Systeme Lateinamerikas sei der Caudilloismus, eine Bewegung, die nach dem Unabhängigkeitskrieg (1810-1826) entstanden war. Die Caudillos vertraten die Interessen der Latifundienbesitzer und arbeiteten später - nach dem 1. Weltkrieg - zunehmend mit den Großmächten zusammen, so daß die "Kompradorenbourgeoisie" zum zweiten Träger dieser rechten Militärregime wurden, die mit ihrer Regierungspraxis Verfassungen, Parlamente und Wahlen zur Farce machten und gleichzeitig alle linken Bewegungen unterdrückten.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde ein Caudilleregime nach dem anderen gestürzt, so daß Ende der fünfziger Jahre nur noch drei Militärregime übrigblieben, nämlich in Nicaragua, Guatemala und Paraguay.

Angesichts zunehmender Wirtschaftskrisen und - Hand in Hand damit - aufkommender Volksbewegungen von links, setzten sich in den sechziger Jahren erneut Militärregime an die Spitze mehrerer Staaten. Der Reigen wurde von den brasilianischen Militärs i.J. 1964 eröffnet. Bis zum Ende der siebziger Jahre sollten dann weitere lateinamerikanische Länder wieder unter Militärherrschaft geraten, nämlich Brasilien, Argentinien, Chile, Bolivien, Uruguay, Paraguay, Surinam, El Salvador, Guatemala, Honduras, Panama, Ecuador und Peru.

Die neuen Militärregime unterschieden sich von den alten Caudillos durch eine Reihe von Besonderheiten: Sie schafften nämlich nach dem Machtantritt die Parlamente nicht ab und ließen sogar - kontrollierte -Präsidentenwahlen zu. Einige gestatteten darüber hinaus konkurrierende politische Parteien. Die Militärregime gaben sich auch national und betrieben die Entwicklung der Wirtschaft. Einige verfolgten die freie Marktwirtschaft, andere (z.B. Peru) den Reformismus; außenpolitisch betonten sie die nationale Unabhängigkeit, bekämpften fremde Kontrolle und Einmischung (weshalb es auch zu Reibungen mit den USA kam), forderten die Ausdehnung der Territorialgewässer auf 200 sm und verlangten die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung. (Die hier genannten positiven Merkmale der neuen Militärregime gelten allerdings, wie die chinesischen Kommentare hervorheben, nicht für die Militärregierungen in Guatemala, El Salvador, Honduras und Paraguay, die nach wie vor halbfeudalen und diktatorischen Charakter trügen und noch dem Typ der traditionellen Militärherrschaft entsprächen.) Trotzdem kam es zu negativen Nebenwirkungen: repressive Politik im Inland, Unterdrückung oppositioneller Kräfte, Verstärkung der wirtschaftlichen Ausbeutung, verschärfte Polarisierung zwischen arm und reich, hohe Arbeitslosigkeit und Inflationsraten.

Da die "neuen Militärregime" die auftauchenden Wirtschafts- und Sozialprobleme nicht lösen konnten, gerieten sie schon Mitte der siebziger Jahre unter wachsenden Druck und sahen sich zu Zuge-

ständnissen in Form von Teilreformen und "Demokratisierung" gezwungen.

Innere Ursachen für diese Reformbereitschaft waren der Druck der notleidenden Arbeiter, vor allem aber die Herauentwicklung eines nationalen Kapitals und damit nationaler Bourgeoisien, die Reformen forderten, auf daß privaten Kapitalismus Tür und Tor geöffnet würden. Die Gründung parlamentarischer Demokratien anstelle der bisherigen Militärjuntas wurde damit immer vordringlicher. Im Oktober 1979 beispielsweise gründeten 22 bürgerliche politische Parteien in 13 Ländern Lateinamerikas den "Lateinamerikanischen Kongreß der Nationalistischen, Demokratischen und Antimperialistischen Parteien" und einigten sich auf eine Plattform für den Kampf gegen die Militärdiktatur, für die Respektierung der Menschenrechte und der Demokratie.

Äußere Ursachen waren der Druck der USA auf die Militärregime zur Änderung ihrer Herrschaftsformen, um so den "Hinterhof" zu stabilisieren und die Sowjetunion sowie Kuba daran zu hindern, aus den sozialen Konflikten Kapital zu schlagen; als Ursache wirkte aber weiterhin das Beispiel zahlreicher nationaler demokratischer Bewegungen im Weltmaßstab.

Im Zuge der nun anlaufenden "Demokratisierungs"-Bewegung übergab ein Militärregime nach dem anderen die Macht an Zivilregierungen. Es fing 1978 in Panama, Ecuador und Peru an und setzte sich fort in Versprechungen anderer Regime (z.B. Brasilien, Argentinien, Honduras, El Salvador), bald konstitutionelle Regierungsformen herzustellen.

Allerdings findet diese "Demokratisierung" sehr schnell Schranken nach unten, da die demokratischen Maßnahmen innerhalb des Kreises der Herrschenden stattfindet, zu denen nicht nur Militärs, sondern neuerdings auch einflußreiche Bürgerliche gehören (Kommentar von Qin He in BRU 1981, Nr.31, S.17 ff.).

In diesem Zusammenhang verfolgt China mit Interesse Wahlkampagnen, wie beispielsweise die in Brasilien (XNA, 12.11.82) und in Bolivien, wo sich die Militärjunta im September 1982 gezwungen sah, den Kongreß wieder einzusetzen. Ursächlich dafür sei u.a. der Kampf der bolivianischen Arbeiter gewesen, die dem Protest und den Streikaufrufen des Zentralen Gewerkschaftsbundes gefolgt seien und das Wirtschafts-

leben teilweise lahmgelegt hätten (BRU 1982, Nr.43, S.13 ff.; XNA, 27.1.83). 1982 war aus chinesischer Sicht ein "Wahljahr für Lateinamerika", da die Bevölkerung in nicht weniger als zehn Staaten zur Stimmabgabe aufgerufen wurde. Rückkehr zu "konstitutionellen Regierungsformen", begrenzte Demokratisierung, "Übergang zu Zivilregierungen", "Wahlen" - dies sind die Stichworte, unter denen chinesische Kommentatoren die Entwicklungen in den letzten Jahren sehen. Bezeichnenderweise werden in solchen Berichten revolutionäre Aktivitäten kaum erwähnt. Selbst die sandinistische Revolution ist bei den Chinesen in Verruf geraten, seit die kubanischen Elemente dort zunehmen. Xinhua geht sogar so weit, die Störung der Nationalwahlen durch Guerillas in El Salvador mit Stirnrunzeln zu kommentieren (XNA, 29.3.82).
-we-

AFRIKA UND NAHOST

(4)

Perspektiven zu Afrika: Ministerpräsident Zhao Ziyang faßt seine Reiseeindrücke zusammen

Vom 19. Dezember 1982 bis 13. Januar 1983 besuchte der chinesische Ministerpräsident elf afrikanische Länder (im einzelnen dazu Oskar Weggel, "Die Wiederannäherung an Afrika", C.a., Januar 1983, S.40-48).

Am 16. Januar faßte er in Nairobi die Eindrücke seiner Tour zusammen, wobei er seine Ausführungen in drei Teile gliederte: Erstens Einschätzung des Besuchs, zweitens die afrikanische Situation, drittens die künftigen Beziehungen Chinas zu Afrika (XNA, 16. und 17.1.83).

Zu Punkt 1: Die Einschätzung der Visite: Vom ZK und Staatsrat der VR China seien ex ante drei Ziele für den Afrika-Besuch formuliert worden, nämlich die Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses, die Förderung von Freundschaft und Zusammenarbeit und das Lernen von den afrikanischen Ländern. Diese (doch recht abstrakt formulierten) Ziele seien "erreicht" worden. Auch habe man eine "gemeinsame Sprache" in einer Reihe von Angelegenheiten finden können, die sich stichwortartig folgendermaßen formulieren lassen: 1. gemeinsamer Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus; 2. Kampf gegen eine Beherrschung der kleinen Länder durch die Großmächte; 3. Wahrung des Weltfriedens; 4. Stärkung der

Einheit zwischen den Ländern der Dritten Welt; 5. Reform der ungerichteten und unvernünftigen alten Internationalen Wirtschaftsordnung; 6. Errichtung einer neuen Internationalen Wirtschaftsordnung bei gleichzeitiger Entwicklung der Süd-Süd-Zusammenarbeit durch praktische Maßnahmen und 7. Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen.

Auf der Grundlage dieser Gemeinsamkeiten ließen sich künftige Beziehungen weiterbauen.

Zu Punkt 2 (die Lage in Afrika): Afrika habe drei wichtige Aufgaben, nämlich 1. Unabhängigkeit, 2. Einheit und 3. Entwicklung. Bei der Analyse der Lage in Afrika sei stets von diesen drei Kriterien auszugehen.

Als i.J. 1955 die Asiatisch-Afrikanische Konferenz tagte, gab es in Afrika nur wenige unabhängige Staaten. Heute seien es über fünfzig Länder. Nur die Völker Namibias und Südafrikas warteten noch auf ihre Befreiung. Es sei verständlich, daß es zwischen den afrikanischen Staaten immer noch einige von der Geschichte hinterlassene Probleme gebe. Diese würden jedoch dadurch kompliziert, daß die Supermächte sich dauernd einmischten. Die 1963 gegründete Organisation für afrikanische Einheit (OAU) sei in den vergangenen Jahren zwar immer wieder durch Kontroversen geschwächt worden, doch sei der von fast allen afrikanischen Staatsmännern bekundete Wille zur Einheit am Ende doch entscheidender als die gegenwärtige Spaltungsanfälligkeit. Die politische Unabhängigkeit müsse durch die wirtschaftliche Unabhängigkeit untermauert werden. Leider wälzten immer wieder entwickelte Länder ihre Wirtschaftskrisen auf die afrikanischen Staaten ab. Die Reform der Internationalen Wirtschaftsordnung und der Ausbau der Süd-Süd-Zusammenarbeit sei daher von strategischer Bedeutung. Alles in allem: "Die afrikanischen Völker sind höchst fähige Völker und die Perspektiven für den Aufbau Afrikas sind herrlich" (sic!).

Zu Punkt 3 (Zusammenarbeit zwischen China und Afrika): China und die Länder Afrikas unterstützten sich gegenseitig. Afrikanische Staaten beispielsweise hätten China bei der Wiederherstellung seiner UNO-Mitgliedschaft geholfen, China seinerseits wolle mit den afrikanischen Staaten auf der Grundlage der neu verkündeten vier Prinzipien für die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit kooperieren (dazu Näheres

C.a., Januar 1983, Ü 5). Gegenseitigkeit - so laute die Parole für eine günstige multilaterale Beziehung. -we-

ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER AUSSENPOLITIK

(5)

Volksdiplomatie

Die "Volksvereinigung für die Freundschaft mit dem Ausland" hielt im Januar 1983 Rückblick auf ihre Tätigkeit. Sie war 1954 gegründet worden und steht seit Jahren unter Leitung von Wang Bingnan, einem Funktionär, der früher in Deutschland studiert hat.

Seit 1969, berichtete Wang, habe die Vereinigung über 17.000 Besucher empfangen und Kontakte mit 134 Ländern aufgenommen. Sie habe weiterhin mit über 101 Freundschaftsorganisationen in 68 Ländern Beziehungen errichtet und unterstütze im übrigen verschiedene Bewegungen in aller Welt bei ihrem Kampf um nationale Befreiung.

Besuchergruppen nach China seien aus 123 Ländern gekommen, und China habe seinerseits Delegationen in 72 Länder entsandt. Zwischen 1969 und 1982 habe die Vereinigung auch 34 Künstlergruppen und Ausstellungsdelegationen betreut und habe ihrerseits chinesische Künstlergruppen in 97 Länder entsandt.

Die Vereinigung ist auch zuständig für die Begründung von Partnerschaften (besondere Übersicht im vorliegenden Heft) (XNA, 31.1.83).

-we-

(6)

Die Chinesische Gesellschaft für Internationale Verständigung

Die im September 1981 gegründete CGFIV veranstaltete am 28. Januar 1983 in Beijing ihre 2. Vorstandssitzung, um einen Rückblick auf das vergangene Jahr zu werfen und Pläne für 1983 auszuarbeiten. Die Gesellschaft besteht aus Vertretern verschiedener chinesischer Organisationen und politischer Parteien und hat sich das Ziel gesetzt, "das gegenseitige Verständnis und die Freundschaft zwischen China und anderen Ländern zu fördern und den Weltfrieden zu verteidigen". Zu diesem Zweck widme sich die Gesellschaft dem Besucheraustausch, der Organisation von Foren und Vorträgen, der Teilnahme an internationalen Konferenzen, dem Austausch von Publikationen etc. Bis

Ende 1982 empfang die Gesellschaft 56 Delegationen mit zusammen 180 Personen, unter ihnen einige Führer nationalistischer Parteien der Dritten Welt, Politiker der Zweiten Welt, Gelehrte, Spezialisten aus internationalen Organisationen, akademische Körperschaften und Forschungsinstitutionen (XNA, 29.1.83).

Die Stellung der Gesellschaft im Rahmen der volksdiplomatischen Organisation ist nicht ganz eindeutig. Hat sie die Funktion des "Instituts des chinesischen Volkes für auswärtige Angelegenheiten" übernommen? Das Volksinstitut war lange Zeit ein Organ, das für den Empfang wichtiger Persönlichkeiten zuständig war, also Besucher betreute, die für das Staatliche Reisebüro Luxingshe bereits zu hochrangig waren. Hierzu gehörten Parlamentarier der verschiedenen Parteien, ferner Mitglieder von Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, und Wissenschaftler bzw. wissenschaftliche Institutionen. Im Gegensatz zu seinem Namen betrieb das Institut keine Forschung. Es war eine Art chinesischer "Inter Naciones".

Auch das Verhältnis zur Volksvereinigung für die Freundschaft mit dem Ausland ist nicht so eindeutig. Wahrscheinlich hat es die Vereinigung im allgemeinen mehr mit Freundschaftsgesellschaften zu tun, während die "Gesellschaft" VIPs der verschiedenen Länder empfängt (XNA, 29.1.83).

-we-

(7)

Städte- und Provinzpartnerschaften - ein wichtiges Element der "personalistischen" Außenpolitik Chinas

Nach einem Xinhua-Bericht (XNA, 28.1.83) haben bisher 18 chinesische Provinzen, regierungsunmittelbare Städte und Autonome Regionen mit entsprechenden Bundesstaaten, Kreisen und Städten von 14 Ländern nicht weniger als 89 Partnerschaften geschlossen. I.J. 1983 will China mit dem Ausland weitere 30 Partnerschaften begründen.

Seit die Partnerschaftsbewegung i.J. 1973 begann, haben 468 chinesische Delegationen das Ausland besucht und sind 775 ausländische Delegationen nach China gekommen - alles in allem 1.243 Gruppen und 16.641 Personen.

Die 14 oben erwähnten Länder sind Australien, Kanada, Kongo, Frankreich, Italien, Japan, die Demokratische Volksrepublik Korea, die Niederlande, Neuseeland,

die Philippinen, die Schweiz, die Bundesrepublik Deutschland, die USA und Jugoslawien.

Partnerschaften werden nach Maßgabe der "charakteristischen Eigenschaften" jeder Stadt oder jeder Provinz begründet. So ist beispielsweise Beijing mit Belgrad in Verbindung getreten - beides Hauptstädte ihrer Länder; Shanghai begründete Beziehungen mit Rotterdam - beides sind Hafenstädte; Guangzhou mit Los Angeles - beides Industrie- und Handelszentren; Kunming mit Zürich - beides Städte mit "touristischer Anziehungskraft"; Suzhou mit Venedig - beides "Wasserstädte".

Der Austausch zwischen den Partnern erfolgt in Form der Entsendung verschiedener Experten-Gruppen, aber auch der Förderung des beiderseitigen Handels. So z.B. verarbeitet die Provinz Heilongjiang Lederprodukte aus Kuhhäuten, die in Alberta/Kanada gekauft werden und verkauft die Fertigprodukte zurück an Alberta. Die Küstenprovinz Jiangsu arbeitet mit der japanischen Aichi-Präfektur auf dem Gebiet der Hummer-, Aal- und Garnelenzucht zusammen.

Auch der Schüler- und Studentenaustausch findet zunehmend zwischen Partneereinheiten statt, ebenso der Besuch von Kultur- und Sportgruppen sowie die Veranstaltung von Ausstellungen.

Es ist bezeichnend, daß die Partnerschaftsbewegung zwischen den USA und China prächtig gedeiht, während gleichzeitig die Beziehungen im Bereich der "großen Politik" sich abgekühlt haben.

-we-

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(8)

China befürwortet eine wirksamere Rolle der UNO

Seit die UNO-Charta am 24. Oktober 1945 in Kraft trat, hat sich die Weltorganisation in vielfacher Hinsicht geändert:

- Da ist einmal die Zahl der Mitgliedsländer, die sich von 51 auf inzwischen 157 erhöht hat, wobei die Länder der Dritten Welt jetzt mehr als zwei Drittel der Repräsentanten stellen.

- Geändert (d.h. erweitert) hat sich darüber hinaus das Zuständigkeitsfeld. Ging es am Anfang im wesentlichen nur um die internationale Sicherheit, so sind inzwischen zahlreiche neue Tätigkeitsfelder hinzugekommen, wie

z.B. Entwicklungsprogramme, Bevölkerungsplanung, Umweltschutz, Beschäftigungsfragen, Entwicklung des Handels, Nutzbarmachung der Ressourcen, Ernährungsfragen, Wasserbau, Gesundheitswesen, Meteorologie, Weltraumfragen, Flüchtlings-, Kinder-, Jugendlichen- und Altenfragen etc.

- Schließlich hat sich noch das Kräfteverhältnis grundlegend verändert. War die UNO -chinesischer Auffassung zufolge - in den fünfziger und Anfang der sechziger Jahre noch eine Art Abstimmungswerkzeug weniger Großmächte, so sehen sich die "Manipulatoren" von einst angesichts der überwältigenden Zahl der Dritten Welt zunehmend isoliert.

Trotz solcher Veränderungen ist die UNO aber immer noch ein verhältnismäßig machtloses Instrument. Dies wurde vor allem im Zusammenhang mit der Kamboodscha-, der Afghanistan-, der Namibia-, der Libanon-, der Abrüstungs- und der Weltwirtschaftsfrage deutlich. Die in diesen Bereichen gefaßten Resolutionen wurden von den Adressaten einfach nicht durchgeführt.

China sieht sich unter diesen Umständen aufgefordert, an der Seite der Dritten Welt den Einfluß der UNO auf die Weltpolitik zu verstärken (RMRB, 23.10.82).

Eines der Mittel zur Stärkung wäre die Ausschaltung des Vetorechts der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bei gleichzeitiger Stärkung des Einflusses der Vollversammlung.

Mit Genugtuung kommentiert Xinhua (XNA, 4.12.82) den Beschluß der UNO-Generalversammlung vom 3. Dezember, der auf die Stärkung der Rolle der UNO bei der Aufrechterhaltung des internationalen Friedens und der Sicherheit hinausläuft. Mit einer solchen Resolution freilich ist das Ziel einer generellen Stärkung der UNO noch lange nicht erreicht!

-we-

(9)

China verlangt eine neue "Weltinformationsordnung"

Bei einer Debatte des UNO-Komitees über Informationsfragen (22.-29. Oktober 1982) verlangte der chinesische Vertreter Xie Qi-mei die Einführung einer neuen Weltinformationsordnung. Das gegenwärtige Ungleichgewicht zwischen den Agenturen aus wenigen Industrieländern und den Kommunikationsmitteln der Entwicklungsländer sei ein Nachklang der "Geschichte imperialistischer Beherr-

schung". Der Kampf gegen den "kulturellen Kolonialismus" sei also fortzusetzen. Das "UN Department of Public Information" solle Maßnahmen ergreifen, um die Ungleichgewichte bei der Information und Kommunikation zu korrigieren, die sich z.B. auch in der Verwendung weniger Arbeitssprachen bei der UNO reflektierten.

Bezeichnenderweise wurde hier nicht zur Selbstorganisation der Dritten Welt aufgerufen, sondern eine hauptsächlich von den Industrieländern finanzierte Einrichtung - die UNO - als Adressat angegangen. Ob sich die chinesische Vertretung der Widersprüchlichkeit ihres Vorgehens bewußt war!?

-we-

INNENPOLITIK

(10)

Ye Jianying kandidiert nicht mehr für den VI. NVK

Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, der 85jährige Marschall Ye Jianying, wird dem kommenden VI. NVK nicht mehr angehören und damit auch sein Amt als Vorsitzender des Ständigen NVK-Ausschusses abgeben. Der gesundheitlich angeschlagene Marschall erklärte seinen Verzicht auf ein NVK-Mandat in einem am 2. März 1983 veröffentlichten Schreiben an die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des NVK (XNA, 2.3.83). Seine politisch weitaus bedeutsameren Posten als Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh und als stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission wird Ye Jianying jedoch behalten.

-sch-

(11)

2. Plenartagung der Zentralen Disziplin-kontrollkommission

Die auf dem XII. Parteitag neugewählte Zentrale Disziplin-kontrollkommission (ZDK) trat vom 28. Januar bis zum 7. Februar 1983 zu ihrer 2. Plenartagung zusammen. An der Tagung nahmen 123 der 132 ZDK-Mitglieder sowie 103 Führungskader der Disziplin-kontrollorgane auf Provinzebene teil. Zentrales Thema der Tagung waren die "Verbesserung des Arbeitsstils der Partei" und die damit zusammenhängenden Aufgaben der Kommission i.J. 1983.

Die Teilnehmer beschäftigten sich zunächst mit verschiedenen Ausführungen von Deng Xiaoping und